

**Gründungsbeitrag**  
 einschließlich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags.

**Bezugspreis**  
 monatlich 3 Pf. frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen mit Beleggeld 3 Pf. 17 Pf.

**Wochenlohn** 25 Pf.  
**Einzelnummer** 5 Pf., **Stück** 10 Pf.

# Kreiszeitung

für den Obermainus-Kreis.

**Verlagsanstalt**  
 die viergestaltige Sammel-  
 zeile oder deren Raum 30  
 Pf.; im Nachrichtenfall die  
 Beilage 35 Pf. — Nach  
 lag bei öfteren Wiederhol-  
 ungen. — Laufende Wahr-  
 ungsanzeigen nach Vereinbarung.

**Geschäftsstelle**  
 Kaiserstraße 76, Fernruf 424  
 Postfachkonto Nr. 11569  
 Frankfurt a. M.

## Die Regierung und der Streik.

**B. D. F.** Wenn auch der mißglückte politische Streit nunmehr selbst in Groß-Berlin offensichtlich seinem Ende entgegengeht, verdient doch die Haltung, die die Regierung zu ihm eingenommen und bis zuletzt standhaft vertreten hat, noch eine besondere Würdigung. Denn zweifellos wies an die traurigen Vorkommnisse der vergangenen Woche noch auf lange Zeit hinaus politische Erörterungen an, in denen die Stellungnahme der Regierung eine besondere Rolle spielen dürfte.

Diese Stellung ist festgelegt durch die Weigerung des Staatssekretär Wallraf, Delegierte der Streikenden neben sozialdemokratischen Abgeordneten zu empfangen, ferner durch verschiedene offiziöse Auslassungen in der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und zuletzt durch eine Verhandlung des Reichsfanzlers und seines Stellvertreters v. Payer mit den sozialdemokratischen Abgeordneten beider Richtungen Ebert, Haase, Ledebour und Scheidemann. Bei allen genannten Gelegenheiten hat die Regierung stets den gleichen Standpunkt vertreten, das nämlich allgemein politische Wünsche der Arbeiter ausschließlich auf dem gesetzmäßigen Wege über die Volksvertreter an die Regierung gelangen könnten.

In der sozialdemokratischen und der arbeiterfreundlichen demokratischen Presse hat es nicht an lebhaften Vorwürfen gegen die Regierung über die Ablehnung aller Verhandlungen mit den Streikenden gefehlt. Man hat dort auch mehr oder minder rüchlos die Versammlungsverbote und die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes über Groß-Berlin durch den Oberbefehlshaber in den Marken bedauert. Den Streikenden, so sagt man, sei dadurch jede Möglichkeit genommen worden, sich von ihren Führern vernünftig beraten zu lassen und auf die jugendlichen ungeschulten Elemente beruhigend einzuwirken. Allein dieses behördliche Vorgehen war doch, was niemand übersehen sollte, erst die Folge der traurigen Vorkommnisse, die sich teilweise unter Anstiftung, zum Teil auch unter stillschweigender Duldung der Führer ereignet haben. Die Behörden, die für Ordnung und Sicherheit in der Reichshauptstadt die Verantwortung tragen, konnten unmöglich mit verschränkten Armen zusehen, wie sich der politische Streik zu schlimmen Gewalttätigkeiten ausweichte. Lediglich auf dem Verhandlungswege eine Beilegung zu versuchen, war weder dem Oberbefehlshaber in den Marken noch dem Polizeipräsidenten von Berlin möglich, da es sich ja um politische Streikforderungen handelte, für welche beide genannten Stellen weder sachverständig noch zuständig sind.

Aber auch die Reichsregierung war tatsächlich außerstande, die Hand zur Aufhebung der Freiheitseinschränkungen zu bieten, die mit dem verschärften Belagerungszustand verbunden sind. Hätte sie das allgemeine Versammlungsverbot rückgängig gemacht, wie es die sozialdemokratischen Abgeordneten am Sonnabend forderten, so hätten sie in den Kauf nehmen müssen, daß neue Streikversammlungen gekühnere Handlungen gut heißen oder gar für ihre Fortsetzung eingetreten wären, während doch alle Regierungsbemühungen pflichtgemäß auf die alsbaldige Beilegung der vaterlandsschädigenden Bewegung hinauslaufen mußten. Der Reichsfanzler und seine Berater haben deshalb eine Gewähr dafür verlangt, daß die wiedererlaubte Besprechung der Streikenden oder ihrer Vertrauensmänner lediglich dahin wirken werde, den Streik zu beenden. Diese Gewähr konnten oder wollten die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht geben, und so blieben die Verständigungsversuche fruchtlos.

## Flandern in Schnee und Eis.

Aus dem Felde wird uns geschrieben:  
**D. A.** Die bekannten ältesten Leute können sich nicht entsinnen, in Flandern so strenge und andauernde Winter erlebt zu haben, wie in den beiden letzten Kriegsjahren. Ein paar Tage gelinden Frostes pflegte der Winter in Flandern im Vorübergehen, gleichsam als Viskitenlatte, abzugeben, das war alles. Getrost ließ der Bauer seine Rüben im Boden und holte sich seinen Tagesbedarf jeweils vom Felde; — man denke sich das einmal bei uns! „Die Deutschen haben die Kälte mitgebracht“, so jammern die frierenden Bewohner Flanderns. Und in der Tat läßt der Winter sie nicht los. Im vergangenen Jahre sind die Rüben auf den Feldern massenhaft erfroren. Diesmal hat die deutsche Verwaltung schon besseres Verständnis gefunden, und große Rübenmieten findet man an den Straßen und auf den Feldern. So schnell lassen sich die zugehörigen Häuser nicht verbessern, die Fenster nicht verkleinern und die unmöglichen, kleinen Eisöfen nicht zu brauchbaren Heizkörpern umarbeiten. In einer litauischen Holzlatte ist es bei 25 Grad Kälte wärmer, als in einem belgischen Millionärshaus bei 5 Grad. Und dabei verbraucht man in dem letzteren die dreifache Menge von Heizstoff.  
 Als der Frost einsetzte, wurde er von unseren Soldaten in den Trichterfeldern mit Jubel begrüßt. Endlich einmal hatte man trodene Füße, trodene Kleider, reine Wäsche auf dem Leib. Das gelbe, schmutzige Lehmwasser, das im Herbst unsere armen, braven Streiter in Flandern so entsetzlich gequält hatte, das sich durch nichts zurückhal-

Man kann gewiß bedauern, daß es trotz offenbaren Entgegenkommens sowohl der Regierung wie der sozialdemokratischen Führer zu keiner Einigung auf dem Verhandlungswege gekommen ist. Wenn man daran aber wieder neue Vorwürfe für die Regierung knüpft, die eine Ausöhnung aus formalistischen Bedenken verhindert hätte, so handelt man sehr einseitig. Die Arbeiterführer haben mindestens in gleichem Maße wie die Regierungsvertreter rein taktische Fragen in den Vordergrund geschoben und dadurch auch ihrerseits Verhandlungen unmöglich gemacht.

Ueberblickt man noch einmal ohne Voreingenommenheit die Haltung aller in Betracht kommenden Behörden, so muß man anerkennen, daß sie einheitlich und fest zwar bis zu einer bestimmten Grenze entgegengekommen, dann aber auch entschlossen alle Maßregeln ergriffen haben, die nach menschlichem Ermessen zur schnellen Beendigung der bedauerlichen Streikbewegung führen mußten. Sie dürfen daher auch sicher sein, daß sie bis weit in die Reihen der deutschen Arbeiterschaft Zustimmung für ihr Vorgehen finden.

## Die Streikbewegung.

### Das Urteil gegen den Abgeordneten Dittmann.

**Berlin, 4. Febr.** (WB. Nichtamtlich.) In der heutigen Sitzung des außerordentlichen Kriegsgerichtes vor dem Landgericht II stand die Hauptverhandlung gegen den Reichstagsabgeordneten Dittmann von der Partei der unabhängigen Sozialdemokratie an. Vorsitzender war der Landgerichtsdirektor Leue, Berichterstatter der Kriegsgerichtsrat Dr. Köhler, Verteidiger die Rechtsanwälte Dr. Haase und Dr. Herzfeld. Der Berichterstatter beantragte wegen versuchten Landesverrats in Tateinheit mit Vergehen gegen § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt sechs Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Das Gericht erkannte auf fünf Jahre Festungshaft wegen versuchten Landesverrats in Tateinheit mit Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand und auf zwei Monate Gefängnis wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht nahm das Vorhandensein mildernder Umstände an und erkannte auf Festungshaft, weil es nicht feststellen zu können glaubte, daß die Straftat aus einer ehrlichen Gesinnung entsprungen wäre.

**F. Köln, 4. Februar.** (Priv.-Tel.) Nach der „Köln. Volksztg.“ beschäftigen sich die Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften mit der Streikfrage. Der Bezirksleiter erklärte, die Versuche, nach russisch-bolschewistischen Rezepten den Umsturz herbeizuführen, seien in Deutschland völlig aussichtslos. Der scharfe Widerstand der christlichen Gewerkschaften habe bei ihren Mitgliedern völliges Verständnis gefunden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß man über kurz oder lang einen neuen Versuch machen werde, dann müsse die christliche Arbeiterschaft dafür sorgen, daß Ruhe und Vernunft die Oberhand behielten. In einer Entschlieung wurde ausgesprochen, daß man auch weiterhin jeden Versuch zur Entfesselung des politischen Streiks auf das Entschiedenste bekämpfen werde.  
 Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Herne: In einer in Solingen abgehaltenen Bergarbeiterversammlung sprach Redakteur Wagner von der „Bergarbeiterzeitung“. Der alte Bergarbeiterverband werde alles daransetzen, Mißständen abzuhelfen. Durch den Streik könne in den Verhältnissen nichts geändert werden. Die Versammlung

forderte in einer Entschlieung besseren Lohnausgleich und ausreichende Lebensmittelversorgung.

**München, 4. Febr.** Die Einigungsverhandlungen, die zwischen den von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei geführten Ausständigen und der sozialdemokratischen Partei angebahnt wurden, waren von Erfolg begleitet. In einer am Samstag abend im Gewerkschaftshause abgehaltenen Sitzung erklärten die Streikführer unter dem Druck der Verhältnisse, sich der Aktion der sozialdemokratischen Partei in allen Münchener Betrieben am Montag früh gesichert. Die Streikbewegung in München ist also nach viertägiger Dauer abgeschlossen. Störungen der öffentlichen Ruhe waren im Verlaufe der Bewegung nicht zu verzeichnen.

## Der Krieg.

### Der deutsche Tagesbericht.

#### Großes Hauptquartier, 4. Febr. (WB. Amtlich.)

##### Westlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die sich namentlich in Flandern zwischen dem Houthoulster Walde und der Lys sowie beiderseits der Scarpe gegen Abend steigerte.

Westlich von Billicourt scheiterte ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer. An der Ailette nördlich von Braye drangen die Franzosen vorübergehend in unsere Postenstellung ein.

Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von Bezonvaux 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballons zum Absturz gebracht.

##### Italienische Front.

Zwischen Etsch und Piave vielfach Artilleriekampf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

## Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

### Der Streit um Polen.

**D. A. R. Brest-Litowsk, 3. Febr.** Gestern wandte sich die deutsch-österreichisch-ungarische Kommission zunächst der Besprechung der Frage zu, ob Vertreter der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen eingeladen werden sollten. Wie im Falle der Ukraine, so machte Volkskommissar Trotkij auch jetzt wieder Zweifel an der völkerrechtlichen Staatlichkeit der Randgebiete geltend. Rußland erkenne zwar die Selbständigkeit Polens an, doch sei diese Selbständigkeit nur eine scheinbare, solange das Land unter dem Regime der Mittelmächte stehe. Trotkij erklärte weiter, daß er die Regierung des Herrn Ruzarczewski nicht als bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes ansehen könne, da sich diese Regierung nicht auf die breite Masse stütze.

Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Aeußern Graf Czernin stellten demgegenüber fest, daß Trotkij

tereinander im Freien zuzubringen, wenn der Schnee im Mondschein glitzert wie Kristall und vom eisigen Ostwind wie Staub über den Aker geblasen wird, der kann unsere Braven hier vorn kaum recht verstehen. Gottseidank gibt es ja auch vereinzelt Unterstände, und die Führer sorgen schon dafür, daß jeder einmal seinen durchfrorenen Körper ein bißchen auftauern kann. Auch gibt es dort wohl etwas Suppe und Tee, der mit Hartspiritus wärmegemacht wird (seht, deshalb gib's zu Hause keinen Spiritus), und wenn es sich besonders gut trifft, sogar einen Schnaps; denn der ist hier nötiger als daheim.

Bös sind im Winter auch die Ruhequartiere. Die feindliche Artillerie und die Flieger sorgen dafür, daß es schwer hält, eine heile Glasscheibe zu finden. Dem Luftdruck eines in der Nähe einschlagenden Geschosses oder einer Bombe hält keine Scheibe stand. Im Sommer hilft man sich mit alten Säcken oder Pappkartons, wenn's im Zimmer durch solche Fensterverkleidung auch nicht gerade heller wird. Gegen scharfen Ostwind bietet Wappe und Sacklein natürlich nur einen zweifelhaften Schutz, und man tut gut, sich möglichst eng mit den Kameraden zusammenzulegen, wenn man ruhig schlafen will.

Eine Bitte sei an Euch zu Hause in aller Bescheidenheit gerichtet. Schickt doch an Eure Angehörigen, soweit sie zu den Kämpfern der vorderen Linie gehören, Kerzen. Wir wissen, sie sind teuer und man bekommt sozusagen keine. Aber es ist so schwer, bei allen Strapazen, Entbehrungen und Gefahren auch noch die langen, langen Wintertage im Dunkeln sitzen zu müssen. Die Heeresverwaltung liefert natürlich Kerzen, aber die sind in erster Linie für Telephonisten, Schreiber, Führer, die ihren

zwar Polen als selbständiges Land anerkenne, daß er aber diesem selbständigen Staate selbstamerweise keine eigene Vertretung zubillige.

Die Rechtsbestellung Finnlands.

Auf eine Bemerkung des Staatssekretärs v. Kühlmann, daß russische Truppen sich in die inneren Kämpfe in Finnland gemischt hätten, erklärt Herr Trotkij, daß die russischen Truppen, die aus Finnland zurückgezogen werden sollen, keinen Einfluß auf die dortigen Kämpfe gehabt hätten. Im Anschluß an diese Erklärung kam Trotkij nochmals auf die polnische Frage zurück und wiederholte, daß er die gegenwärtige Regierung nicht anerkennen könne.

Graf Czernin hielt dem entgegen, daß der Vertreter eines fremden Staates nicht feststellen könne, inwieweit in einem anderen Staate die Regierung zu Recht bestehe. Die Fortsetzung der Erörterung über diese Frage sei seiner Ansicht nach unfruchtbar. Polen habe noch keine feststehenden Grenzen, aber auch die russische Republik habe noch keine feststehenden Grenzen, was die Mittelmächte nicht verhindern, mit ihren Vertretern zu unterhandeln, ohne ihre Legitimation zu prüfen. Staatssekretär von Kühlmann fügte hinzu, es sei schwer, einen Staat anzuerkennen, der keine festen Grenzen habe. Aber er müsse doch darauf hinweisen, daß man sich vollständig in die Wolken verliere, wenn man die Grundlagen einer gesunden juristischen Konstruktion verlasse.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Die Besprechungen in Berlin.

Berlin, 3. Febr. (WB.) Zur Teilnahme an der Beratung über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Oesterreich-Ungarns werden, wie wir erfahren, morgen Staatssekretär v. Kühlmann, Minister Graf Czernin und General Ludendorff hier eintreffen. Auch der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, wird zu Besprechungen in Berlin erwartet.

Berlin, 4. Febr. Die knappe Mitteilung des halbamtlichen Telegrammbüros, daß die Anwesenheit des Staatssekretärs v. Kühlmann, des Wiener Botschafters Grafen Wedel, des Grafen Czernin und des Generals Ludendorff in Berlin einer „Beratung über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Oesterreich-Ungarns“ gelte, befaßt wenig und kann sehr viel bejagen, denn dieses gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessengebiet ist sehr groß. Daß diese Besprechungen im unmittelbarsten Zusammenhang mit den letzten Vorgängen in Brest-Litowsk stehen, liegt auf der Hand, und wer die Vorgänge dort verfolgt hat, wird schon daran denken, daß man sich über den Abschluß eines Friedens mit der Ukraine schlüssig machen will, die von den Mittelmächten anerkannt ist, und mit der sich der Friedensschluß, wie sich gezeigt hat, leichter und schneller erzielen lassen wird als mit dem Teil Russlands, über den zur Zeit noch Trotkij und Lenin, gestützt auf die „Rote Garde“, eine nach ihrem Umfang und ihrer Dauer zweifelhafte Herrschaft ausüben. Je wahrscheinlicher es wird, daß mit Herrn Trotkij, dem es gar nicht so sehr auf den Frieden wie auf die Revolutionierung ankommt, ein Friedensschluß nicht zu erzielen sein wird, desto näher liegt es, daß mit der Ukraine, dem ersten sich als selbständiger Staat etablierenden Teil des ehemaligen russischen Reiches, ein Friedensabkommen geschlossen werden kann. Den damit zusammenhängenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur und gewiß auch der Frage, wie lange man noch mit Trotkij verhandeln soll, gelten die heutigen Beratungen. Die „Kreuzzeitung“, die den

Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk wünscht und den Kriegszustand mit dem von Trotkij zur Zeit repräsentierten Rußland für vorteilhafter hält als die gegenwärtige Waffenruhe, erinnert übrigens daran, daß der nächste Termin für die Räumung dieses Waffenstillstandes morgen sei, und sie nimmt an, daß auch mit dieser Frage sich die heutigen Beratungen beschäftigen. Man wird vielleicht nicht fehl gehen, wenn man sagt, daß sie überhaupt einer Reihe der östlichen Probleme gelten. („Frft. Ztg.“)

Die Antwort der Westmächte.

Fortsetzung des Krieges.

Nach einer Londoner amtlichen Meldung ist der Kriegsrat der Westmächte, der vom 30. Januar bis 2. Februar in Versailles tagte, zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Reden der Staatsmänner der Mittelmächte keine Annäherung an die Bedingungen des Verbandes erkennen lassen. Dann heißt es weiter:

Unter diesen Umständen hat der Oberste Kriegsrat den Schluß gezogen, daß die einzige unmittelbare Aufgabe, die ihm obliegt, in der Fortsetzung des Krieges besteht, und zwar in dessen Fortsetzung mit der äußersten Energie und unter innigstem Zusammenwirken der militärischen Anstrengungen der Verbündeten bis zu dem Zeitpunkt, wo der Druck ihrer Anstrengungen bei den feindlichen Regierungen und Staaten eine andere Gesinnung hervorgerufen haben wird.

Die Antwort wird niemanden überraschen. Krieg bis zum Äußersten: Das ist die Lösung unserer Feinde, Krieg bis wir auf die „gemäßigten“ Bedingungen eingehen, die unsere Feinde aufgestellt haben. Die Antwort der Westmächte auf die entgegenkommende Rede des Staatsmannes der Mittelmächte ist — rund herausgesagt — eine neue Kriegserklärung.

Die Wirren in Rußland.

Die Zustände in Petersburg.

Stockholm, 4. Jan. (WB.) Die Zustände in Petersburg werden von Tag zu Tag schlimmer. In der Nacht zum 1. Februar wurde das Mitglied des Zentralkomitees der Arbeiter- und Soldaten-Deputationen Goldmann Hojer ausgeraubt. In der gleichen Nacht wurde Preobraschensky, ein Mitglied des Volkzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, auf dem Semensky-Markt des Kantels, der Brieftasche und des Revolvers beraubt, wobei die Banditen erriarten, daß sie auf Befehl des Rates der Arbeiter- und Soldaten-Deputationen alle Passanten zu untersuchen hätten. Im Liteiny-Kanon wurden Läden geplündert, darunter auch eine Niederlage der Firma Tremchognit. Einige Plünderer wurden erschossen. In der Nacht zum 2. Februar wurde ein Weinteller in der Gogolstraße geplündert. Maschinengewehre traten in Tätigkeit. Zeitungsnachrichten zufolge gab es über dreißig Verwundete.

Amsterdam, 2. Februar. (WB.) Nach einem hiesigen Blatte erfahren die „Times“ aus Petersburg: Die Bolschewiki haben beschloffen, die Freigabe der auf englischen und anderen ausländischen Banken deponierten russischen Gelder dadurch zu erzwingen, daß sie den englischen und anderen fremden Botschaftern in Standinaevien nicht zugestehen, ihre bei den russischen Banken deponierten Gelder abzuheben. — Die russischen Behörden organisieren jetzt eine Abteilung von 5000 Mann unter Führung von 500 Instruktoern, die binnen kurzem alle Läden, Vorrats- und Eisenbahnschuppen und Privatpfeider nach Lebensmittelvorräten absuchen sollen. Die Spekulanten, Hamste-

ter und Wucherer und deren Mitschuldige werden mit schweren Strafen bedroht.

Die Lebensmittelrationen für kranke und verwundete Soldaten sind sehr klein geworden. Die Rote Garde beschlagnahmt selbst in Krankenhäusern und auf der Straße Lebensmittel.

Die Lebensmittelversorgung in England.

Einführung nationaler Zwangsrationierung.

Berlin, 4. Februar. (WB. Nichtamtlich.) Nach langem Zögern hat das britische Kriegskabinett beschlossen, mit tunlichster Beschleunigung die nationale Zwangsrationierung einzuführen. Rhondda erklärte im Oberhaus am 31. Januar, er hoffe, daß die von ihm für London und einige andere Distrikte angeordnete lokale Rationierung anfangs März durchgeführt sein werde, worauf sofort Maßnahmen ergriffen werden würden, daraus eine einheitliche Rationierung für das ganze Königreich zu entwickeln. Anscheinend sollen die verschiedenen Rationsbezirke, in welche das Land eingeteilt werden wird, schon abgegrenzt werden, daß in jedem derselben die Industriebezirke im wesentlichen durch dazu bestimmte Landwirtschaftsdistrikte verpflegt werden. Die Schaffung eines nationalen Lebensmittel-Clearinghouse in London soll lediglich dazu dienen, das ergänzend eingegriffen werden kann, wo die Bestände unzureichend sind.

Vapp, der Direktor für sparsamen Lebensmittlerverbrauch, ist zurückgetreten.

Weiterausichten für das Frühjahr.

Meteorologische Blicke.

D. A. Der Winter 1916/17 steht in unserer Erinnerung als ein besonders strenger. In der Tat konnte er nur zu den mittelmäßigsten gerechnet werden. Man war durch eine Reihe von sehr milden Wintern etwas verwöhnt, nur der Winter von 1908/09 war ebenso streng, und dann muß man bis 1892/93 zurückgehen, um einen strenger Winter anzutreffen. So wurde denn der Winter 1916/17 strenger empfunden, als er wirklich war. Auch trug dazu bei, daß der Winter erst später eintrat, Anfang Februar war die kälteste Periode, und dann zog er sich lange hin. Späte Winter werden immer unangenehm empfunden. In diesem Jahre wünschte man im Interesse der Feld- und Gartenfrüchte gerade ein zeitiges Frühjahr. Und schließlich hat auch die Kohlenknappheit die Kälte parter spielen lassen.

Der jetzige Winter hat ja leider an Kälte bisher alles geahnt, was die Voraussagen befürchten ließen. Aber so wir ihn endgültig als einen sehr strengen werden duchen müssen, liegt noch dahin, denn eine mildere Temperatur in den kommenden Monaten kann noch viel verschieben. Ueberhaupt ist es schwer, ohne Statistik einen Winter richtig zu schätzen, abgesehen von den ganz außergewöhnlichen Fällen. Als sehr strenge Winter bezeichnet der Meteorologe Hellmann, der kürzlich in der Berliner Akademie der Wissenschaften über diese allgemein interessierende Frage sprach, solche, bei denen die Tagstemperatur unter Null summiert mindestens 320 Grad ergeben und zwar wird der Winter gerechnet vom 1. Kovbr. bis 31. März. Solche Winter hat es seit 1766 in Norddeutschland bloß 24 gegeben.

Der härteste Winter in diesen 150 Jahren war der von 1829/30. Schon am 12. November traten Nachfröste ein. Am 27. November zeigte das Thermometer 10 Grad

Das konzentrierte Licht

Advertisement for Osram-Azo gas-filled lamps. It features the Osram-Azo logo, a drawing of a lamp, and text describing the lamps' power (up to 2000Watt) and availability in new types (Neue Typen). The text also mentions that the lamps are gas-filled and have a long life span.

Dienst ohne Licht nicht versehen können. Darum geht und sthet selbst einmal einen Abend im Dunkeln, Ihr habt es trotzdem noch tausendmal besser mit Euren Betten und warmen Stuben. Die Kämpfer in Flandern werden es Euch danken und tausendmal vergelten durch ihre Taten, wenn Hindenburg erst zum Sturm blasen läßt!

Aus den englischen Tagen von Calais.

B. D/S. Ueber Holland kommt jetzt, in bestimmter Form, die Bestätigung der Nachricht, die schon ein paar-mal während dieses Krieges auftauchte: daß nämlich Frankreich Calais, das in Wahrheit schon längst den Briten gehört, offiziell auf 99 Jahre an England verpachtet hat. Es ist nicht das erste Mal, daß Calais in englischen Besitz übergeht. Schon einmal stand es unter britischer Herrschaft, und zwar über 200 Jahre lang, in den Jahren 1347 bis 1558.

Nach der für die Franzosen ungünstigen Schlacht bei Crecy im Jahre 1346 war es, als Eduard III. von England sich an die Belagerung von Calais machte. Die Verteidigung der Stadt leitete der tapfere Jean de Bienne, ein burgundischer Edelmann. Zwar versuchte der französische König, die Stadt zu entsetzen, es mißlang jedoch, und Hungersnot zwang schließlich die Einwohner, die Gnade des Feindes anzurufen. Eduard III. forderte darauf, daß 6 der edelsten Bürger entblößten Hauptes und barfuß, im Leinengewand, einen Strick um den Hals, die Schlüssel der Stadt und der Burg in der Hand, seiner Rache ausgete-

fert werden sollten. Die übrigen wolle er dann begnadigen. Die Opfer erschienen. Jörnig, wie der König war, befahl er ihre sofortige Hinrichtung. Erst als seine Gemahlin sich ihm zu Füßen warf und für die 6 Bürger um Gnade bat, gab der König nach. Ingrimig antwortete er seiner Gattin: „Lieber wäre es mir, Herrin, Ihr wäret anderswo als hier. Ihr bittet mich so inständig, daß ich es Euch nicht abzuschlagen wage. Tue ich es auch gegen meinen Willen, so schenke ich Euch jene dennoch. Macht mit ihnen, was Ihr wollt.“

Also kam Calais in fremde Hand und ward englischer Besitz. Im Vertrage von Bretigny mußten die Franzosen die Abtretung bestätigen. Aber keinen Augenblick verließ sie der Gedanke an diese Schmach. Immer wiederholten sich kühne Handstreichs und friedliche Angebote, die auf die Wiedererlangung von Calais abzielten. Den Königen und der ganzen Ritterschaft frag die Ebitterung über die Einnistung der Engländer in der Küstenstadt am Herzen. Aber auf nichts gingen die Briten ein. Nichts war ihnen so teuer wie Calais. „Seitdem sie Herren der Stadt waren,“ so schildert es ein damaliger Geschichtsschreiber, „glaubten sie den Schlüssel Frankreichs am Gürtel zu haben.“ Zwar leuzte Frankreich in der Folgezeit schwer unter der Last des britischen Krieges. Und doch feuerten Dichter wie Eustache Deschamps und, 50 Jahre nach ihm, Alain Chartier ihre Landsleute an, weiter auszuhalten bis zu einem Ziel: Calais wieder zu Frankreich!

Doch lange Jahrzehnte noch mußte Frankreich die Schmach ertragen, Calais in englischen Händen zu wissen. Erst im Jahre 1558 vollzog sich ein jäher Wechsel. Der Herzog Franz von Guise war es, der damals den Gedanken einer Ueberrumpelung der Stadt faßte. Und der Plan gelang, gelang überraschend. Wozu ehemals Eduard III.

fast ein ganzes Jahr gebraucht hatte, das erreichte der Herzog in kaum einer Woche glänzend und dazu mitten im Winter. Calais war wieder französisch! Da klagte die englische Königin Maria Tudor, der schönste Edelstein in Englands Krone sei verloren; und als sie, im gleichen Jahre noch, starb, soll sie auf dem Totenbette gesagt haben: „Wenn man mir das Herz herausschneidet, wird man darin den Namen Calais eingegraben finden.“ Aber noch hatte England seine Absichten auf die Stadt nicht aufgegeben. Alle Mittel wandte die Königin Elisabeth an, um ihrer wieder habhaft zu werden. Sie schloß einen Unterstützungsvertrag mit den Hugenotten, wonach Condé ihr Calais zurückerobern sollte. Condé jedoch machte keinen Frieden mit dem Hofe. Calais blieb in Frankreichs Hand, und im Jahre 1564 mußte Elisabeth endgültig auf die Stadt verzichten. Aber 24 Jahre später machte sie nochmals den Versuch, die Bedrängnisse, in denen sich Heinrich IV. befand, auszunutzen. Danaoh wollte sie dem König gegen die Spanier helfen, wenn er in Calais eine ansehnliche englische Besatzung aufnahm. Heinrich aber wies dies Ansuchen mit Entrüstung zurück. Ja, selbst ihre vielgepriesene Jungfräulichkeit hätte, vielleicht, Elisabeth um den Preis von Calais dahingegeben, denn im Jahre 1572 gab Lord Burleigh der Königin von Frankreich zu verstehen, daß Elisabeth einer Heirat mit ihrem jüngsten Sohne nicht abgeneigt sei, wenn — der Bräutigam Calais als Mitgift brächte. Der Plan zerschlug sich. Calais blieb französisch.

Gelernt scheinen die Franzosen aus der langen und bitteren Leidensgeschichte nichts zu haben. Heute ist Calais wieder englisch und wird es wohl für immer bleiben.

Kälte, die Kanäle und Flüsse froren zu. Am 1. Dezember bis 7. Februar blieb das Thermometer dauernd unter Null, mit zwei Ausnahmen, die am Gesamtbilde nichts änderten. Am 20. Dezember fiel Schnee, 2 1/2 Fuß hoch. Zu Weihnachten hatte man 22 Grad Kälte bei schneidendem Ostwind, im Januar auf freiem Felde sogar bis 28 Grad. Am 8. Februar machte dann ein Glätteisregen und plötzliches Tauwetter dem eigentlichen Winter ein Ende, es folgte ein Nachwinter.

Daß zwei sehr strenge Winter aufeinander folgen, ist selten. Dagegen wird ein besonders strenger Winter öfters von einem oder zwei Wintern begleitet, die auch noch streng sind, aber nicht abnorm streng. Eine Gesetzmäßigkeit in der Wiederkehr sehr strenger Winter hat sich nicht feststellen lassen, so daß man etwa sagen könnte, alle 11 Jahre ist ein besonders strenger Winter zu erwarten oder dergl. Auch die vielfach behauptete und so natürlich scheinende Abhängigkeit von den Sonnenflecken findet in den Aufzeichnungen keine Bestätigung.

Dagegen zeigt sich eine höchst wunderbare Erscheinung. Die Jahre 1788 bis 1845 hatten besonders viele strenge Winter, 17 an der Zahl. Dagegen gab es in den sechzig Jahren von 1846 bis 1916 nur sechs sehr strenge Winter. Auch war die Zahl der besonders milden Winter in dem letzten Zeitraum bedeutend größer als in den sechzig Jahren vorher. Wir erleben also eine Klimawandlung, deren Gründe wir noch nicht kennen. Zurzeit sind wir in einer milden Periode, welche selten sehr strenge Winter aufkommen läßt. Wie lange diese milde Zeit dauert, und wann wieder eine harte Zeit mit vielen sehr strengen Wintern kommen wird, ist uns nicht bekannt.

Nun zum kommenden Frühjahr! Unmittelbar auf einen sehr strengen Winter folgen fast regelmäßig einige warme Wochen. Man darf also nach einem sehr strengen Winter auf ein teilweise warmes Frühjahr rechnen. Das stimmt mit dem Volksglauben, der hierin einen gewissen gerechten Ausgleich sieht. Dagegen ist es falsch, auf einen sehr strengen Winter auch einen besonders warmen Sommer zu erwarten. Das Gegenteil ist der Fall. In 19 von 24 Fällen folgte immer auf einen sehr kalten Winter ein kühler Sommer. Damit ist aber nicht ein Sommer gemeint, der von Anfang bis Ende zu kalt ist, was sehr selten vorkommt, sondern nur ein solcher, in dem die kühlen Perioden häufiger sind als die warmen. Ausnahmen kommen vor, und an diese Erfahrung klammert sich dann der Volksglaube immer wieder fest.

Der kühle Sommer ist eine natürliche Nachwirkung eines sehr kalten Winters, die besonders dann in Erscheinung tritt, wenn die Kälte sich lange in den März ausdehnt. Treten aber, wie es nicht selten vorkommt, im März schon warme Tage auf, ein sogenannter „Vorfrühling“, so dürften wir trotzdem auf einen warmen Sommer hoffen.

### Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. Höhe, 5. Febr. 1918.

**Eisernes Kreuz.** Dem Flieger Valentin Hett, Sohn des Polizeiergeanten Hett von hier und dem Gardefüßler Valentin Nikolas Braum von Kirdorf wurde das Eisene Kreuz verliehen.

**Die Abgabe von Petroleum** kann infolge der äußerst geringen Anfuhr in diesem Monat nur an diejenigen erfolgen, die weder Gas noch elektrisches Licht besitzen. Darauf ist zwar schon ausreißend hingewiesen worden, aber, wie die Nachfragen auf der Ortskohlenstelle ergeben, ohne Erfolg. Es liegt gewiß nicht an dem bösen Willen der genannten Stelle, wenn nur diejenigen Personen Karten erhalten, denen eine andere Lichtquelle nicht zur Verfügung steht, sondern an der so knapp bemessenen Petroleummenge die zur Verteilung vorhanden ist. Wer das beherzigt, erspart sich einen Gang nach der Gasanstalt.

**Herabsetzung der Gemeindesteuer in Gonzenheim.** Wie wir zuverlässig erfahren, hat die Gemeindevertretung in Gonzenheim beschlossen, die Gemeindesteuer für 1918 von 60 auf 50 Proz., vorbehaltlich der Genehmigung, herabzusetzen. Glückliches Gonzenheim!

**Ein Merkblatt über den Postverkehr** wird in den nächsten Tagen durch die Briefträger verteilt werden. Das Blatt gibt in gedrängter Form einen Ueberblick über die einschlägigen Verhältnisse und legt in anschaulicher Weise die Vorteile dar, die die Teilnahme am Postverkehr mit sich bringt. Dem Ruhen für den Einzelnen reißt sich der wertvolle Dienst an, der unseren vaterländischen Währungs-Verhältnissen mit der Förderung

des bargeldlosen Zahlungsausgleichs geleistet wird. Erreicht dieser Zweck, so wird diese Erkenntnis neuerdings in zunehmendem Maße, was am deutlichsten aus der schnell steigenden Zahl der Postgepäcksendungen erhellt. Es darf deshalb erwartet werden, daß auch diesmal von dem dem Wertlosteil beteiligten Vorort zu einem Antrag auf Eröffnung eines Postgepäckpostens recht ausgiebiger Gebrauch gemacht wird.

**Bessere Verpflegung der Reisenden auf den Bahnhöfen.** Von den Schwierigkeiten der Verpflegung werden auch die Reisenden auf längeren Fahrten sehr empfindlich betroffen. Die vielen und berechtigten Klagen darüber haben den preussischen Eisenbahnminister zu einem Erlaß veranlaßt, worin darauf hingewiesen wird, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen, insbesondere wegen des Wegfalls einer großen Anzahl von Speisewagen, ein dringendes Bedürfnis ist, daß auf den Bahnhöfen größerer Bahnhöfe, auf denen Schnell- und Eizüge nach längerer Fahrt genügenden Aufenthalt haben, zur weitergehenden Reisende Lebensmittel bereit gehalten werden. Die Eisenbahndirektionen sind angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß von den Bahnhöfen diesem Bedürfnis nach Möglichkeit entsprochen wird.

**Benutzung der Schnellzüge durch beurlaubte Militärpersonen.** Die Berechtigung zur Benutzung von Schnellzügen bei Urlaubsreisen zu den Sähen des Militärtariffs ist von der Eisenbahnverwaltung bis auf weiteres auf Reisen über 300 Kilometer — bisher 100 Kilometer — beschränkt worden. Die Beschränkung gilt nicht für die Urlauberschnellzüge. Diese dürfen auch künftig von den Urlaubern ohne Schnellzugsberechtigung benutzt werden. Bei Urlaubsreisen unter 300 Kilometer Entfernung dürfen zuschlagpflichtige Schnellzüge nur benutzt werden a) von Militärpersonen, die wegen schwerer Erkrankung oder Todesfall in der Familie beurlaubt sind, ohne Rücksicht auf die Entfernung. Unter Familie sind zu verstehen: Ehefrau, eheliche Kinder, Eltern, Pflegeeltern, Großeltern und Geschwister, b) von Militärpersonen, die nachweislich unaufschiebbare persönliche oder geschäftliche Angelegenheiten zu regeln haben, bei Reisen über 100 Kilometer. In beiden Fällen muß der Truppenteil usw. die Dringlichkeit der Reise mit Angabe des Grundes der Benutzung von Schnellzügen besonders bescheinigen.

### Hus Dah und Fern.

† **Frankfurt a. M., 4. Febr.** Der vor einer Woche auf dem hiesigen Bahnhof seinen Transporteuren entsprungene Zuchthäusler Heinrich Trinkauf wurde auf der Flucht in Lörach ergriffen und verhaftet. Er reiste auf die Papiere seines Bruders.

† **Raunheim, 4. Febr.** Im Trodenwert „Hessenland“ stürzte der Zimmermeister Peter Schneider so unglücklich ab, daß er einen schweren Schädelbruch und einen Schlüsselbeinbruch davontrug.

### Vermischte Nachrichten.

Hus Groß-Berlin.

**Um 116 240 Mark betrogen.** Eine Klage, die in Berliner Gesellschaftskreisen einiges Aufsehen erregen dürfte, ist beim Landgericht Berlin II eingebracht worden. Zwei Schwestern, Frau Karoline Löwenstrud, geb. von Parmentier, und Frau Luise Begas, geb. von Parmentier, beide in Berlin W., klagen gegen die Baronin Ida Leonire von Seidlitz, früher in Berlin, Landgrafenstraße 19, jetzt unbekanntem Aufenthalts, unter der Behauptung, daß sie der Baronin ihr gesamtes Vermögen in Verwaltung gegeben haben, weil diese ihnen mitteilte, daß sie besser in der Lage sei, den Kurs der einzelnen Papiere zu überwachen, als die geschäftsunkundigen Klägerinnen. Frau Löwenstrud übergab der Baronin von Seidlitz Wertpapiere im Gesamtbetrag von 54890 Mark, Frau Begas Wertpapiere im Werte von 61 350 Mark, zusammen 116 240 Mark, zur Aufbewahrung für die Dauer des Krieges. Diese Wertpapiere hat dann die Baronin aber ohne Wissen und Willen der beiden Schwestern verkauft, ohne daß sie dazu berechtigt war. Die Schwestern klagen jetzt von der verschwundenen Baronin zunächst einen Teilbetrag ihres Vermögens ein. Termin zur mündlichen Verhandlung ist vor dem Landgericht Berlin II auf den 13. April, vormittags 10 Uhr, festgesetzt worden.

— **Neues vom Hauptmann von Köpenik.** Ein Prozeß, der eines amüsanten Beigeschmacks nicht entbehrt, beschäftigt zurzeit das Berliner Landgericht I. Dem Schuster

Wilhelm Volgt, jetzt Privatier in Luxemburg, der als „Hauptmann von Köpenik“ berühmt geworden ist, wurde seinerzeit von der Frau Gertrud Wertheim, der Gattin des verstorbenen Warenhausbesizers Wolff Wertheim, eine monatliche Rente von 100 Mark ausgesetzt. Nach dem Konkurse und dem Tode ihres Mannes ist Frau Gertrud Wertheim dem „Hauptmann von Köpenik“ ihre Rente schuldig geblieben. Die Folge davon ist eine Klage des Hauptmanns von Köpenik, worin er gegen Frau Gertrud Wertheim, geb. Tiefer, unbefangenen Aufenthaltes, den Betrag von 4200 Mark nebst 4 Prozent Zinsen als aufgelaufene Rente einlagt. Verhandlungstermin ist auf den 15. Mai d. Js. festgesetzt worden.

— **Explosion in einer Granatenfüllanstalt.** Bei einer Explosion in einer Granatenfüllanstalt in Moulins (Frankreich) wurden zehn Personen getötet und dreißig verletzt. Es brach Feuer aus. Ein Postamt wurde zerstört, ein anliegendes Pulvermagazin konnte gerettet werden.

— **200 Personen verbrannt.** Aus Petersburg wird gemeldet: In Nowo-Argangelsk in der Provinz Elisabethgrad ging die Menge bei der Plünderung von Branntweinlagern mit Lichtern um. In der von ausgeschüttetem Alkohol gesättigten Umgebung entstand ein Brand, durch den 200 Personen umgekommen sein sollen.

— **Krieg und Barometer.** Ueber die Wirkungen des Kanonendonners in meteorologischer Hinsicht ist seit drei Jahren viel gesprochen und geschrieben worden. Man wollte feststellen, ob das viele Schießen den Regen herbeilodt. Jetzt liefert ein englischer Gelehrter auf Grund eigener Erfahrungen und Forschungen Beiträge zur Beantwortung der Frage. Er weist darauf hin, daß die Statistiken der letzten Jahre in den südlichen und östlichen Provinzen Englands, die den französischen Schlachtfeldern am nächsten liegen, eine merkliche Zunahme der Regenfälle im Vergleich mit den Regenperioden der Jahre 1902 bis 1912 erkennen lassen. Diese Zunahme soll sich auf fast 26 Prozent belaufen. Dagegen liefern die nördlichen und die westlichen Provinzen abnehmende Zahlen im Vergleich mit den Durchschnittszahlen der oben genannten früheren Periode. Im übrigen hatte schon Plutarch bemerkt, daß im Jahre 102 v. Chr. nach der Vernichtung der Teutonen durch Caius Marius die Götter außerordentliche Regengüsse gesandt hatten, um die Erde wieder reinzuwaschen.

### Letzte Meldungen.

(Berliner Morgenblätter.)

**Waffenstillstand mit Rumänien?**

**Berlin, 5. Febr.** Wie die „Rostische Zeitung“ hört, beginnen heute in Sinaja Verhandlungen zwischen dem Vierbund und Rumänien über den Abschluß eines Waffenstillstandes.

**Die Japaner verlassen Rußland.**

In Rußland soll, nach der „Rostischen Zeitung“ das Gerücht verbreitet sein, daß die Japaner von ihren Konsulaten die Weisung erhalten hätten, Rußland schnellstens zu verlassen. Viele Japaner sollen bereits auf der Heimreise sein.

**Die Verhandlungen mit der Ukraine.**

In der „Berliner Volkszeitung“ liest man: Alle Voraussetzungen sind gegeben, um mit der Ukraine, wenn nicht Unvorhergesehenes dazwischen kommt, binnen kürzester Frist Frieden zu schließen.

**Zur Konferenz Lubendorffs, Kühlmanns und Czernins.**

Zur Konferenz Lubendorffs, Kühlmanns und Czernins sagt der „Berliner Lokalanzeiger“: Jedenfalls dürfen wir darauf vertrauen, daß die Berliner Besprechungen einen raschen Verlauf nehmen werden, rascher als diejenigen von Brest-Litowsk. General Lubendorff, der zu ihnen hierher gekommen ist, wird es wahrscheinlich ziemlich eilig haben, recht bald wieder ins große Hauptquartier zurückzukehren.

**Briefkasten der Schriftleitung.**

**Theaterbesucher und Abonnent.** Eine Besprechung des Schwanke „Jungesellendämmerung“ von Impehoffen und Mathern folgt gelegentlich der Wiederholung des Stückes am kommenden Donnerstag.

## Versteigerungen

und Abschätzungen von **Mobilien, Schäden aller Art**, sowie sachgemäße Erledigungen von **Pfandverkäufen, Nachlass, Konkursen.** ferner Uebernahme ganzer **Haushaltungen, Einzelmöbel** gegen sofortige Abrechnung.

**Lagerung und Aufbewahrung** von Mobilien, Wertgegenstände etc. unter günstigen Bedingungen übernimmt

**August Herget,**

**Taxator und beeidigter Auktionator.**

Bad Homburg v. d. Höhe. Elisabethenstrasse Nr. 43. Telefon 772.

Rottannene

**Bohnenstangen**

pro 100 Stück Mk. 32 per Nachn.

**Philipp Buhlmann,**  
**Grävenwiesbach.**

**Obst- u. Gemüseärten,**

frisch gedüngt, neu eingezäunt, beste Sonnenlage, hinter dem Schloßgarten, junge reichtragende Apfelbäume, Tafelobst, in Größe von 7 bis 30 ar zu verkaufen.

Näheres Obernurselerpfad 22.



## Getragene Kleidungsstücke

dunkler Farbe, zum Umändern für Konfirmanden geeignet, erbitten herzlichst **Dekan Holzhausen** und **Pfarrer Wenzel.**



## Städt. Kurhaustheater Bad Homburg.

Direktion Adalbert Steffter.

**Donnerstag, den 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr**  
**18. Vorstellung im Abonnement B.**

**Jungesellendämmerung**

Schwanke in 3 Akten von Toni Impehoffen und Carl Mathern.

**Preise der Plätze wie gewöhnlich.**

# Einschränkung des Brennstoff-Verbrauchs.

Auf Grund des § 12 der Bundesratsbekanntmachung vom 26. September und 4. November 1915 (R. G. Bl. Seite 728) in Verbindung mit der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 18. Oktober 1917 wird mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten für das Gebiet der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe folgendes bestimmt:

- § 1. Der Magistrat bestimmt, in welchen Zeiten das Heizen verboten ist.
- § 2. Bei Heizung von Räumen soll die Innentemperatur im allgemeinen 18 Grad Celsius nicht übersteigen.
- § 3. In Privatwohnungen dürfen mit Brennstoffen aller Art (Kohlen, Koks, Bricketts, Holz, Gas, Elektrizität, Torf u. s. w.) die Küchen und höchstens bei Wohnungen bis zu 5 Zimmern 2, bis 7 Zimmern 3, über 7 Zimmer 4 Räume beheizt werden. Die Beheizung der Baderäume ist nur während der Badezeit gestattet.
- § 4. Die Mieter haben dem Zentralheizungsvorpflichteten die Räume, die sie beheizen wollen, schriftlich zu bezeichnen. Eine Heizung anderer Räume ist verboten. Der Heizungsvorpflichtete hat die Heizkörper, die nicht benutzt werden dürfen, äußerlich kenntlich oder unbenutzbar zu machen.
- § 5. Zentrale Warmwasserbereitungsanlagen dürfen nur 2 hintereinanderfolgenden Tagen in der Woche z. B. Sonnabend und Sonntag, in Betrieb genommen werden. Hotels, Kurvillen, Sanatorien, Erholungsheime und ähnliche Institute dürfen Warmwasser in Fremdenzimmern nicht abgeben. Die Abgabe von Warmwasser muß sich auf die Küchen und Betriebsräume, sowie in jedem Stockwerk auf eine Zapfstelle und im Badezimmer beschränken.
- § 6. Soweit Warmwasserheizungen außer Betrieb zu setzen sind, wird dieser Vorbehalt auch dann entsprochen, wenn ein Teillumlauf in dem Umfange als zur Abwendung von Frostgefahr erforderlich ist, möglich ist.
- § 7. In Geschäftshäusern, behördlichen Räumen, Fabriken ist die Heizung aller Treppenhäuser, Vorplätze, Magazine, Lagerräume, Aktensäle usw. verboten.
- § 8. In Fabrikbetrieben soll die Innentemperatur im allgemeinen 15 Grad Celsius nicht übersteigen.
- § 9. Die Temperatur in Theatern, Konzertsälen, Versammlungsräumen darf bei Beginn der Veranstaltungen 16 Grad Celsius nicht übersteigen.
- § 10. Lichtspielhäuser dürfen nur geheizt werden, wenn die Außentemperatur morgens 9 Uhr unter 6 Grad Celsius beträgt.
- § 11. Museen dürfen nur bis 12 Grad Celsius geheizt werden.
- § 12. In sämtlichen Hotels, Pensionen, Gast- und Schankwirtschaften, Cafés, Konditoreien usw. darf nur die Hälfte der der allgemeinen Benutzung von Gästen dienenden Räume geheizt werden.
- § 13. Krankenhäuser und Erholungsstätten, Säuglings- und Kinderheime, die unter ärztlicher Aufsicht stehen, bleiben bis auf weiteres von den Vorschriften dieser Verordnung befreit.
- § 14. Ausnahmen von Bestimmungen dieser Verordnung kann der Magistrat, nach Anhörung der Sachverständigen, auf eingehend zu begründenden Antrag zulassen.
- § 15. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Bad Homburg v. d. H., den 5. Dezember 1917.

**Der Magistrat.**  
J. B.: Feigen.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am 19. Februar 1918 Vormittags 10 Uhr — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 14 — versteigert werden die im Grundbuch von Bad Homburg v. d. H. Bd. 4 Artikel Nr. 155 (eingetragene Eigentümerin am 4. August 1915, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsboermerkes: die Ehefrau des Gärtners Adolph Christ Josephine geb. Penkel von Bad Homburg v. d. H. eingetragene Grundstücke

	Gemarkung Bad Homburg v. d. H.	Reinertrag.
Zl. 9 Nr. 144	Garten auf der alten Bach	13,39 ar groß 3,15 Thlr.
" 9 " 238	Garten rechts der Dornholzhäuser Chauffee	2,57 " " 0,71 "
" 9 " 235	) Bebaute Hofraum und Hausgarten 657/234) Saalburgstr. 34.	7,64 " " 1230 M.

Grundsteuerrollen Nr. 1763  
Gebäudesteuerrollen Nr. 1596

Bad Homburg v. d. Höhe, den 11. September 1917.

**Kgl. Amtsgericht.**

## Für Bäckereien!

Neue Anshänge betr. die Verordnung über die Bereitung von Backwaren und den Mehlverbrauch sind durch die Kreisblattdruckerei zu beziehen.

# Landgräfl. Hess. conc.

## Landesbank

Homburg v. d. H.

**Vorschüsse auf Wertpapiere :: Discontierung von Wechseln.**

Eröffnung von Conto-Correnten und provisionsfreien Checkrechnungen

**Annahme von Spareinlagen.**

**An- und Verkauf von Wertpapieren, Checks und Wechseln auf ausländische Plätze.**

**Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren und Wertsachen.**

**Vermietung von Safes in unserer feuer- und einbruchssicheren Stahlkammern.**

## Gelbe Notbezugscheine

Mittwoch Vorm. 8—12 Uhr Nr. 9651—9800 Ausgabe von je 1 Ztr. Kohlen bei Ehr. Glücklich, Drangerieegasse.

**Ortskohlenstelle.**

## Bei der Abgabe von Kohlen, Koks, Bricketts, u. s. w.

im Kleinverkauf muß die ganze Kohlenkarte vorgelegt werden. Die Abtrennung der Marke hat der Verkäufer vorzunehmen und zwar ist stets die niedrigste Nr. zu entfernen. Der Name des Inhabers der Karte ist mit Tinte einzutragen.

## Bier & Hennings Scheuerjand „Saalburgia“

überall zu haben.

## Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

## Helfer für die Etappe!

In dem gewaltigen, von unserem Heere besetzten feindlichen Gebiet werden zur Verwendung bei Militärbehörden noch zahlreiche Hilfskräfte benötigt.

Das Interesse des Vaterlandes verlangt, daß taugliche und entbehrliche Kräfte der Heimat sich zu diesem Etappendienst zur Verfügung stellen. Zahlreiche Kriegsvorbereitungsfähige Militärpersonen müssen im besetzten Gebiet noch für den Dienst an der Front freigestellt werden.

Die Lebensbedingungen im besetzten Gebiet sind durchaus günstig. Gute Entlohnung und reichliche Verpflegung werden gewährt. Und was bedeutet die Notwendigkeit, sich in fremde Verhältnisse einzugewöhnen, gegenüber dem Maß von Opfern und Entbehrungen das unsere Krieger seit Jahren freudig ertragen!

Männliche Hilfskräfte jeden Alters, auch Jugendliche, können, wenn sie geeignet befunden werden, Beschäftigung im besetzten Gebiet im Westen finden und zwar für: Gerichtsdienst, Post- und Telegrafendienst, Botendienst, Technischen- und Eisenbahndienst, als Aufsicher, Bäcker, Schlächter, Handwerker jeder Art oder als Hilfsarbeiter, sowie im Sicherheitsdienst (Wachschuß, Gefangenen- und Gefängnisbewachung).

Personen mit französischen und flämischen Sprachkenntnissen werden besonders berücksichtigt.

Wehrpflichtige können nicht angenommen werden, mit Ausnahme der 50%, oder mehr erwerbsbeschränkten Kriegesbeschädigten.

Als Entgelt wird gewährt: Freie Verpflegung oder Geldentschädigung für Selbstverpflegung, freie Unterkunft, freie Eisenbahnfahrt zu u. Bestimmungsort und zurück, freie Benutzung der Feldpost, freie ärztliche- und Lazarettbehandlung sowie angemessener Dienstaufschlag.

Bis zur entgeltlichen Ueberweisung an eine bestimmte Bedarfstelle wird ein „vorläufiger Dienstvertrag“ geschlossen. Die entgeltliche Höhe des Lohnes oder Gehaltes kann erst im Anstellungsvertrag selbst festgesetzt werden. Sie richtet sich nach Art und Dauer der Arbeit sowie der Leistungsfähigkeit des Betreffenden. Eine auskömmliche Vergütung wird zugesichert. Falls Bedürftigkeit vorliegt, werden außerdem Zulagen für die in der Heimat zu versorgenden Familienangehörigen gewährt.

Die Versorgung derjenigen, die eine Kriegsdienstbeschädigung erleiden, ist besonders geregelt.

Meldungen nimmt entgegen für den Kreis Ober-Taunus: Garn.-Kdo. Höchst a. M. dabei sind vorzulegen: Etwasige Militärpapiere, Beschäftigungsausweis oder Arbeitspapiere erforderlichenfalls Ablehrschein. Es ist anzugeben, wann der Bewerber die Beschäftigung antreten kann. Eine vorläufige ärztliche Untersuchung erfolgt kostenlos bei dem Bezirkskommando. Jeder Bewerber hat sich den erforderlichen Schutzeinrichtungen zu unterziehen.

**Kriegsamtstelle Frankfurt a. M.**

**Frau** zum tragen der Frankfurter Nachrichten gesucht.  
**L. Staudt's Buchhdlg.,** Luisenstr. 75.

## Steuerzahlung

für Januar-März 1918.

Die **Steuern** für das 4. Vierteljahr sind bis spätestens 15. ds. Mts. und die **Kriegssteuern** bis 1. März ds. Jrs. zu zahlen.

Nach Ablauf dieser Fristen beginnt die Zwangsbeitreibung.

Besondere Mahnzettel werden nicht mehr ausgegeben. Die Mahnung der Restanten erfolgt nur noch durch die Lokalblätter.

Die Stadtkasse.

## Zwangsvorsteigerung.

Mittwoch, den 6. ds. Mts. nachm. 4 Uhr versteigere ich zu Gonsenheim einen

**Fruchtselbstbinder**

gegen gleich bare Zahlung öffentlich meistbietend.

Zammelpfand bei der Poststelle der elektr. Bahn zu Gonsenheim.

Bad Homburg v. d. H., den 4. Februar 1918.

**Engelbrecht.**  
Gerichtsvollzieher.